

Die Eingeschlossenen von Lesbos

Marilyn Stroux

Von der Insel der Solidarität zur Hochburg der Abschiebungen

*Lesbos, die Insel der Solidarität vom letzten Sommer, wo täglich Hunderte ankamen und Hunderte solidarischer Menschen sie in Empfang nahmen, ist nicht mehr da. Die solidarischen Menschen sind noch da, aber anscheinend erstarrt an den Entwicklungen und dem Politikwechsel der Regierung Syriza nach dem EU-Türkei-Abkommen. Das Lesbos, dessen Bewohner*innen – die Omas und die Fischer – für den Friedensnobelpreis nominiert wurden, hat ein Jahr später, im Oktober 2016, ein anderes Gesicht: es wird die Insel der Eingeschlossenen.*

6.000 Menschen, die seit Monaten im Hotspot Moria, im Kara-Tepe-Camp und in anderen von NGOs geführten Unterkünften warten und nicht wissen, für wie lange: Die Asylprozedur fängt nicht mal an und jetzt, Wochen nach dem letzten Brand im Hotspot, sind die Asylbüros auf unbekannte Zeit ganz geschlossen. Jetzt weiß ich, warum es Hotspot heißt. Seit dem 20. März, als das EU-Türkei-Abkommen eingeführt wurde, können neu ankommende Flüchtlinge nicht mehr weiter. Sie werden gezwungen, auf der Insel in den Camps zu bleiben, und werden sortiert nach Rückführungen. Manche werden eventuell irgendwann die Chance haben, Asyl zu beantragen.

Auf der Insel ist die Stimmung dementsprechend gekippt: Hotelbesitzer geben den Flüchtlingen die Schuld an fehlenden Buchungen, obwohl jeder weiß, dass das Geschäft sehr vieler Hotels, aber auch Hausvermietungen, Restaurants usw. seit der Ankunft der Hunderten von NGOs und Freiwilligen, aber auch von Frontex, EASO usw., blüht. Eine Wintersaison, in der alles weiter läuft, ist seit letztem Jahr eingeführt. Reisebüros, Autovermietungen, Restaurants, Tankstellen und Supermärkte verdienen weiter Geld. Trotzdem wird die Stimmung rassistischer: Eltern versperren den Eingang von Schulen, damit Flüchtlingskinder nicht eingeschult werden. Derselbe Bürgermeister, der sich mit der Solidarität schmückte, verbietet jetzt Hausbesitzern und Hoteliers, an NGOs zu vermieten. Dörfer demonstrieren gegen die Öffnung einer Minderjährigenunterkunft vor Ort. Als ob ein Tsunami der Abschottungslogik in den Gehirnen der Einheimischen gewütet hätte, der sie von jedem logischen Denken befreit.

Der griechische Integrationsminister Ioannis Mouzalas macht öffentlich, dass es die

EU ist, die ihm erlauben kann, Flüchtlinge von den Inseln aufs Festland zu überführen. Er gibt damit zu, dass die griechische Regierung die Macht über Entscheidungen in ihren Gebieten abgegeben hat. Die Kolonialzeit Griechenlands ist eingeführt und wir alle schauen zu und glauben unseren Ohren nicht, aber schweigen. 6.000 Eingesperrte auf Lesbos warten auf ihre Asylinterviews. Die von der EU beschlossenen Mitarbeiter des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO), die in Griechenland ankommen sollten, um die Asylanträge aufzunehmen, lassen auf sich warten: 30 von 400 sind seit Monaten angekommen. Auch die Umverteilungszahlen werden nicht so erfüllt, wie in dem Abkommen mit Griechenland beschlossen worden ist.

Kein Entkommen von der Insel

In den Hotspots auf den Inseln legen Verzweifelte Feuer, immer wieder. Zur Vermeidung von weiteren Ausschreitungen wurde der Hotspot Moria teils geöffnet. Auch Minderjährige, die bis vor zwei Monaten ganztags und über mehrere Monate eingesperrt blieben, dürfen nun allein hinausgehen und kommen abends freiwillig zurück. „Nur“ alle Neuankommenden und alle, die sich in der Abschiebungsvorbereitung befinden, können nicht raus.

Trotzdem ist die Stimmung im Hotspot besonders für alleinstehende Frauen nachts unerträglich: Viele schlafen auf dem Boden in Zelten ohne jeden persönlichen Raum. Ich habe eine 126-jährige syrische Kurdin kennen gelernt, die einen ganzen Monat im Hotspot „wohnen“ musste, bis sie und ihre Familie, zu der auch eine Hochschwängere gehörte,

Die Hamburgerin Marily Stroux ist Photographin und dokumentiert seit 35 Jahren politische Entwicklungen, immer wieder auch zu Fluchtsituationen. Für diese Ausgabe des Schleppers lieferte sie die Bilder von der griechischen Insel Lesbos, auf der sie sich seit mehreren Monaten aufhält. Jüngst wurde Marily Stroux von der taz porträtiert, für die sie seit Jahren Bildmaterial liefert [<http://www.taz.de/!5337129/>].

Papiere bekommen haben, um nach Athen weiter zu reisen. 30 Tage lang hat sich keine der vielen NGOs im Hotspot darum gekümmert, die alte Dame und die Schwangere, die bereits Mutter von vier Kindern war, in einer Wohnung unterzubringen.

Im Camp Kara Tepe, wo viel bessere Bedingungen und Freiheit herrschen, zweifeln die Menschen trotzdem, weil sie die Insel nicht verlassen dürfen. Nicht die Kranken, nicht die Alten, nicht Menschen, deren Verwandte in anderen europäischen Ländern sind und Familienzusammenführung beantragt haben. Schwerverletzte, die sich im Krankenhaus behandeln lassen und dann ein Papier bekommen wollen, um zur weiteren Behandlung nach Athen reisen zu dürfen, bekommen dieses Papier nicht, sondern stattdessen Beruhigungsmittel verschrieben. Es gibt kein Entkommen von der Insel.

Eine alte Dame, die nach ihrer Ankunft im Krankenhaus operiert wurde, kämpft seit Wochen um einen Befund und eine Bestätigung, die OP zu bekommen zu haben. Es wird ihr gesagt, es gebe leider kein Papier, das bestätigen könne, dass sie operiert wurde. Aber nur mit dem Papier könnte sie nach Athen weiterreisen und erfahren, ob ihr ein bösartiger oder ein gutartiger Tumor entfernt wurde. Copyshops weigern sich derweil, zu kopieren, was einen offiziellen Stempel trägt, Sicherheitsbeamte halten Reisende mit gültigen Dokumenten vom Einsteigen auf die Fähren ab und zwingen sie, zum Hotspot zu gehen, um ihre Papiere prüfen zu lassen. Jede*r, die oder der nicht weißer Europäer ist, kann es vergessen, die ehemalige „Insel der Solidarität“ ohne tagelangen Ärger zu verlassen. Sogar ein Europaabgeordneter musste sich wegen seiner

Hautfarbe einer zweistündigen Kontrolle unterziehen.

Die auf der Insel hängen gebliebenen Flüchtlinge, die Glück haben, werden von ihren Verwandten aus Europa besucht. Die Mutter oder der kleine Bruder werden besucht, um sie zu trösten und ihnen Mut zu machen, dass das elende Warten irgendwann ein Ende nehmen wird. Die, die solche Glücksmomente erleben dürfen, sind wenige. Die meisten zweifeln immer wieder. Manche verlieren ihre Geduld, versuchen mit allen Mitteln, sich in LKW zu verstecken, um mit der Fähre nach Athen zu kommen. Manchen gelingt es trotz der Militarisierung des Hafens. Manche bezahlen dafür sogar viel Geld. Vielleicht wissen sie nicht, dass wenn sie die Insel verlassen, sie ihr Recht auf Asylbeantragung verlieren und zur Abschiebung freigegeben werden. Andere nehmen in ihrer Verzweiflung den Weg, auch bezahlt und gefährlich, zurück in die Türkei.

Von der Insel der Solidarität zur Insel der Abschiebungen

Die Regierung kündigt an, ab November 2016 von Lesbos aus wöchentlich 200 Rückführungen in die Türkei durchzuführen. Bereits seit ein paar Wochen werden alle zwei bis drei Tage unauffällig mit von Frontex gemieteten Tagesausflugsschiffen Menschen nach Dikili abgehoben. Gleichzeitig werden mit der von Frontex gecharterten ASTRA-Airline syrische Menschen nach Adana zurückgeführt. Das alles ohne großes Aufsehen und ohne große Medienpräsenz. Parallel werden die Menschen aus dem Maghreb, aus Ägypten, Bangladesch und Pakistan mit Schnellverfahren von ihrem Recht auf Asyl befreit, so dass die Schiffe nach

Dikili immer Kundschaft haben. Persönliche Asylgründe haben in diese Prozedur keinen Platz.

Parallel plant die Regierung gegen den Willen der Bevölkerung und des Bürgermeisters die Eröffnung eines neuen Hotspots bzw. Ausreisezentrums. Um die Gegenstimmen zum Schweigen zu bringen, soll dieses Zentrum nun innerhalb Morias gebaut werden. Die Regierung verspricht sich schnellere Abschiebungen davon, dass die Menschen schon vorher eingesperrt sind.

Es ist offensichtlich, dass Lesbos aus Angst der griechischen Regierung, das EU-Türkei-Abkommen zu brechen und dafür zahlen zu müssen, eine Abschiebehochburg wird. Dass heute in deutschen Medien die Nachricht zu lesen ist, dass es EASO und Asylbehörden der EU-Länder sind, die nicht mehr bereit seien, ihre Beamten nach Lesbos und auf die anderen Inseln zu schicken, und damit selber das Abkommen brechen, scheint nicht so bekannt. Bei den Koordinierungstreffen – organisiert von der Inselverwaltung und dem UNHCR – ist „Sicherheit“ ein Dauerthema. Dabei geht es aber nicht um die Sicherheit der Flüchtlinge – der jungen Mütter, der Minderjährigen, der alleinstehenden Frauen –, sondern um die Sicherheit der Mitarbeiter*innen. Die Flüchtlinge, eingesperrt in einen unsicheren Ort, haben auch in der EU angekommen keine Rechte. Oder ist Lesbos vielleicht nicht mehr EU? Wurde aus der Insel ein Transitbereich gemacht, der vor allem dazu dient, die Grenzen der europäischen Union zu sichern? Wer die Perversion der EU-Flüchtlingspolitik beobachten will, gehe momentan nach Lesbos. Ich bin seit vier Monaten dort und mich begleitet ständig das merkwürdige Gefühl, frei zu sein auf einer Insel, auf der ein großer Teil der Bevölkerung eingesperrt ist. Eine Art Apartheid der Gegenwart. Unsere Parole „Freedom of Movement“ ist das, was jede*r Eingesperrte sich wünscht. „Ferries, not Frontex“ auch, aber in die richtige Richtung.

Quellen:

<http://infomobile.w2eu.net>

<http://lesvos.w2eu.net>

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2016/10/greece-evidence-points-to-illegal-forced-returns-of-syrian-refugees-to-turkey/>